



Antrag	
der Alle Fraktionen	
AT-78/21-26	
Datum	10.03.2022

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	10.03.2022	beschließend

Betreff:

Resolution der Stadtverordnetenversammlung zum Krieg in der Ukraine - AT 78/21-26

Beschlusstext:

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Stadtv.Vorsteher Grode teilt mit, dass die kurzfristige gemeinsame Veranstaltung der Stadtverordnetenversammlung und des Ausländerbeirates am 24.02.2022 auf dem Marktplatz bei der Bevölkerung großen Anklang gefunden hat.

Der Ältestenrat hat sich auf den Text einer gemeinsamen Resolution der Stadtverordnetenversammlung geeinigt, den Herr Stadtv.Vorsteher Grode vorliest.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Resolution zum Krieg in der Ukraine einstimmig wie folgt:

„Die Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, den der russische Präsident Wladimir Putin zu verantworten hat und der gegen die Gemeinschaft der freien Völker gerichtet ist.

Wir sind solidarisch mit den Bürgerinnen und Bürgern der Ukraine, die Opfer dieser Gewaltpolitik geworden sind, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Auch Menschen in Rüsselsheim fürchten um das Leben von Verwandten und Freunden in der Ukraine.

Wir trauern um die Toten dieses Krieges, deren Zahl ständig steigt.

Wir zollen den Menschen in der Ukraine großen Respekt, die für den Erhalt ihrer unabhängigen Staatlichkeit und der Demokratie in ihrem Land gegen einen übermächtigen Aggressor kämpfen.

Wir sind tief beeindruckt von Menschen in Russland, die trotz der Gefahr schwerster Repressionen gegen den Menschen verachtenden Angriffskrieg von Präsident Putin demonstrieren.

Wir verurteilen jede Diskriminierung oder Diffamierung von Menschen in unserer Stadt aufgrund ihrer russischen Wurzeln oder Nationalität.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger in Rüsselsheim auf zur Hilfe für die Menschen in der Ukraine durch Spenden und durch Aufnahme von Opfern dieses aufgezwungenen Krieges.

Wir wollen Solidarität in unserer Stadt üben, indem durch den Magistrat alle Voraussetzungen geschaffen werden, um die Unterbringung von geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern, die zu uns kommen zu ermöglichen.

Wir bringen unserer Solidarität zusammen mit dem Wunsch nach einer friedlichen Lösung des Konflikts zum Ausdruck.

Wir appellieren an alle, die Verantwortung tragen, diese zur Beendigung des Krieges in der Region einzusetzen und die europäische Friedensordnung wiederherzustellen.“

Rüsselsheim am Main, den 10.03.2022

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher